

# «Ich habe mir nichts Böses gedacht»

**Reinach.** Baudirektor Krähenbühl bedauert, sich zur Kap-Haltestelle geäussert zu haben

BaZ 26.2.2009



DENISE BATTAGLIA

**Baudirektor Jörg Krähenbühl gerät erneut unter heftigen Beschuss: Er hat trotz Ausstandspflicht wegen persönlicher Interessen beim Projekt Hauptstrasse Reinach an einer Sitzung mit den Gutachtern teilgenommen. Er sei dazu eingeladen worden, sagt Krähenbühl. Jetzt bereue er die Teilnahme.**

Offiziell hat Baudirektor Jörg Krähenbühl (SVP) nichts mehr mit dem Projekt «Ortsdurchfahrt Reinach» zu tun. Krähenbühl trat die «Federführung» des Geschäfts vor einem Jahr an seine Stellvertreterin Sabine Pegoraro (FDP) ab, um dieses «nicht zu gefährden» und «um nach aussen ein deutliches, nachvollziehbares Zeichen» zu setzen, wie er in der damaligen Medienmitteilung schrieb. Dieses «deutliche Zeichen» war nötig: Krähenbühl war unter Beschuss geraten, weil er – kaum zum Baudirektor gekürt – die von Reinach geplante sogenannte Kap-Tramhaltestelle kurzerhand aus dem Projekt kippte – aus Sicherheitsgründen, wie er sagte. Doch die Kap-Haltestelle hätte auch negative Auswirkungen auf das Parkplatzangebot vor seiner Liegenschaft an der Hauptstrasse 39 gehabt.

**AN SITZUNG TEILGENOMMEN.** Seit letztem März ist nun Sicherheitsdirektorin Sabine Pegoraro für das Projekt verantwortlich. Doch mit der Ausstandspflicht nimmt man es in der Regierung offenbar nicht so genau. Wie das Regionaljournal Basel im Anschluss an einen BaZ-Artikel berichtete, hat der Baudirektor trotz Ausstandspflicht im Dezember an der letzten von drei Sitzungen mit der Beratungsstelle für Unfallverhütung (BfU) teilgenommen. Die BfU hatte von Pegoraro den Auftrag erhalten, ein Gutachten über die beste Haltestelle zu machen. Die beste Haltestelle war für die BfU stets die Kap-Haltestelle. In der Endfassung, die nach der Sitzung mit Krähenbühl geschrieben wurde, stellte die BfU nun aber plötzlich zwei ebenfalls «empfehlenswerte» Alternativen neben die Kap-Haltestelle. Auf diese BfU-Alternativen verwies die Baselbieter Regierung, als sie die Kap-Haltestelle kürzlich definitiv aus dem Projekt warf. Das hinterlässt

einen schalen Nachgeschmack. «Jetzt ist mir klar, warum die Kap-Haltestelle plötzlich nicht mehr Favorit war», sagt Hans-Ulrich Zumbühl, Vize-Gemeindepräsident von Reinach. Er frage sich, was für die Regierung eigentlich Ausstandspflicht heisse: «Bei uns im Reinacher Gemeinderat heisst in Ausstand treten auch: nicht an einer Sitzung teilnehmen.»

**PEGORAROS E-MAIL.** Er sei von Sabine Pegoraro in einer E-Mail zu dieser Sitzung eingeladen worden, erklärt Krähenbühl. Er habe keinen Einfluss ausüben wollen und habe deshalb nur zugehört und nichts gesagt, beteuert er – zuerst. «Krähenbühl hat einige Fragen gestellt», sagt dagegen Gutachter Christian Huber von der BfU. Darauf



**Unter Druck.** Jörg Krähenbühl will nur Fragen gestellt haben. Foto M. Christen

angesprochen gibt Krähenbühl zu, Fragen rund um die Sicherheit der Velofahrer gestellt zu haben. Hätte er gewusst, so Krähenbühl, was die Teilnahme an dieser Sitzung auslöse, wäre er nicht hingegangen. «Ich habe mir nichts Böses dabei gedacht. Jetzt aber bereue ich die Teilnahme.»

Regierungsratspräsident Adrian Ballmer sieht das Ganze nicht so eng: Es sei üblich, dass bei einem Gutachten die beiden Parteien – hier die Gemeinde Reinach und die Baudirektion – den Gutachtern Fragen stellen dürften. «Ob es von der Baudirektion psychologisch geschickt war, Krähenbühl an die Sitzung zu schicken, ist eine andere Frage.» Trotzdem: Ballmer kann weiterhin «hinter dem Regierungsentscheid gegen die Kap-Haltestelle stehen».

**Gekappt.** Das Vorgehen gegen die Kap-Haltestelle bleibt konfus. Foto Lea Hepp